

Nichtenstein-Gallusberger Tageblatt

früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüschorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau und Mülsen.

Amtsblatt für den Stadtrat zu Nichtenstein.

39. Jahrgang.

Nr. 14.

Donnerstag, den 17. Januar

1889.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis: 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummer 5 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Nichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. — Inserate werden die viergespaltene Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. Januar.

Da heute der Reichskanzler im Reichstage erwartet wurde, war der Zugang zu den Tribünen ein ungemein großer. Aber viele waren gekommen und nur wenige waren ausgewählt, denn die Kontrollmaßregeln wurden scharf gehandhabt, namentlich auch auf der Journalisten-Tribüne. Dank dieser Maßregeln wurden Unzuträglichkeiten, wie sie sonst an „großen Tagen“ des Reichstages eintreten, vermieden. Das Haus war gut besetzt. Zum Schriftführer wurde an Stelle Dr. Tründlins, der sein Amt niedergelegt hat, Dr. Meyer-Zena gewählt. Dann wurde die Staatsberatung beim Etat des Auswärtigen fortgesetzt. Der Berichterstatter, Abg. Graf Behr, fand wenig Aufmerksamkeit. Für Zanzibar wird ein Vizekonsul gefordert.

Abg. Richter weist darauf hin, daß nach dem Inhalt des neuen Weißbuchs der Generalkonsul in Zanzibar das Abkommen zwischen der ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan von Zanzibar vermittelte, obwohl ihm aber bekannt sein mußte, daß diese Gesellschaft keine genügenden Mittel besaß, um die Hoheitsrechte und die Verwaltung an einer 75 Meilen langen Küste auszuüben. Die ganze Gesellschaft habe nur in einigen jungen Offizieren und Beamten bestanden. Das Grundkapital betrage allerdings auf dem Papiere 3 Millionen, doch waren nicht für 1 Million realisierbare Werte vorhanden. Nun scheine es bedenklich, das Recht mit dem Sultan zu verhandeln auf einen Vizekonsul zu übertragen. Unter diesen Umständen beantragt er Aufhebung der Abstimmung, bis die Debatte über das Weißbuch genügende Klarheit gebracht habe. (Während der Rede Richters tritt Fürst Bismarck ein.)

Fürst Bismarck: Heute oder morgen werde eine Vorlage über die ostafrikanischen Angelegenheiten an den Bundesrat und dann an den Reichstag gelangen. Dann werde Gelegenheit zu einer kolonialpolitischen Debatte sein. Die Errichtung eines Vizekonsulats sei notwendig bei der Wichtigkeit unserer Beziehungen zu Zanzibar. Der Generalkonsul habe das Recht, auch einmal krank zu werden und dann bedürfe es der Vertretung.

Beim Kapitel Kamerun-Schutzgebiet weist Abg. Woermann (nat.-lib.) auf die Ausnutzung der Privilegien der Royal-Nigger-Company in der Nähe von Kamerun hin, wodurch die deutschen Interessen schwer geschädigt würden. Er wünscht das Vorgehen seitens des auswärtigen Amtes bei der englischen Regierung.

Fürst Bismarck erwidert: Es fehle an der erforderlichen vertragsmäßigen Berechtigung, um eine direkte Aufforderung in der gewünschten Weise an England zu richten. Vielleicht mache Abg. Woermann seinen Einfluß in der Presse geltend; in solchen Angelegenheiten solle oft die Stimme der Presse gewichtiger ausfallen als die diplomatische Anregung. Staatssekretär Graf Bismarck konstatiert, daß die Nigger-Company die erhobenen Beschuldigungen in Abrede stelle. Es sei zunächst ein Beamter nach Lagos geschickt worden, um die Dinge festzustellen, und es sei zu hoffen, daß England bei seiner entgegenkommenden Haltung in unseren kolonialpolitischen Angelegenheiten die Sache gütlich zu regeln bereit sein werde.

Abg. Richter verweist auf die schädlichen Folgen des Branntweinhandels in Westafrika und auf die Gefahren der Waffenausfuhr nach Kamerun. Die westafrikanischen Schutzgebiete kosteten dem Reiche mehr als sie etwa einigen beteiligten Firmen einbrächten. Durch den Karolinen-Streit habe Deutschland in seinen Handelsbeziehungen zu Spanien einen größeren Schaden erlitten, als die ganze Kolonialpolitik bisher Nutzen gebracht habe. Wenn die Kolonialpolitik wirklich so nützlich sei, weshalb hielten denn die Hamburger die Taschen zu? Geben Sie doch, Sie haben's ja dazu! Abg. Richter wünscht ferner Auskunft über die Sklaverei in den westafrikanischen Schutzgebieten. In der Nähe von Kamerun soll noch Sklaverei bestehen, ebenso eine der Sklaverei ähnliche Vielweiberei. Er frage, ob es richtig sei, daß in den deutschen Faktoreien Sklaven beschäftigt würden.

Fürst Bismarck verweist auf die großen Kosten, welche die Aufhebung der Sklaverei erfordern würde. Jedenfalls müsse man sich hüten, die Tausende gegen uns aufzuheben, die bei der Sklaverei beteiligt seien. Die Sklaven würden verhungern, wenn sie ohne Weiteres freigelassen würden. Was die Aufhebung der deutschfeindlichen Elemente anbelange, so könne er nicht annehmen, daß Richter in dieser Beziehung mit der vaterlandslosen Presse, die ihn allerdings unterstütze, sympathisiere, mit einer Presse, die keine Gelegenheit vorübergehen lasse, in den Garten des Reiches Steine zu werfen und dem Vaterlande Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) weist auf die immensen Ausgaben hin, die England und Frankreich für ihre Kolonien leisten. Deutschland trete dagegen auf. Abg. Woermann: Abgeordneter Richter habe mit völliger Unkenntnis die Dinge gesprochen. Der Branntweinkonsum in den Schutzgebieten sei ein maßiger. Derselbe könnte nur unterdrückt werden, wenn auch die übrigen in Westafrika beteiligten Mächte den Branntweinhandel hinderten. Gerade von England aus gingen Branntwein und Pulver nach den Kolonien. Redner rechtfertigt die Hamburger gegen den Vorwurf, die Taschen zuzuhalten. Mit der weiteren Entwicklung der Kolonialpolitik werde sich auch das Kapital derselben mehr zuwenden. Sklavenarbeit herrsche in Kamerun nicht. Die dort beschäftigten Neger seien vollständig frei.

Abg. Richter erklärt, er habe nur Auskünfte gewünscht. Die Auskünfte Woermanns nehme er mit Reserve auf, weil Woermann ein direktes Interesse an der Kolonialpolitik habe. Was der Angriff des Reichskanzlers auf die Presse anlangt, so hätte er sich mehr um die offizielle Presse kümmern sollen, welche die Misachtung aller anständigen Leute habe. Die freisinnige Partei sei stolz darauf, eine freie und unabhängige Presse zu besitzen, die selbst dem mächtigsten Manne in Europa die Wahrheit zu sagen wage.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Er halte eine unabhängige Presse für notwendig, aber diejenige, welche er im Auge hatte, sei weder frei noch unabhängig und sage nicht die Wahrheit. Abg. Stöcker pflichtet dem Wunsch bei, die Branntweineinfuhr in den Schutzgebieten zu beschränken. Die Sklaverei werde verschwinden, wenn der Regierhandel verhindert werde. In Kamerun bestche keine Sklaverei, da dort die arbeitenden Neger nicht festgehalten werden könnten. Die freie Schnapszufuhr verhindere die Missionsarbeit. Es entspreche nicht dem patriotischen Ehrgefühl, einzelne Unzuträglichkeiten und Unfälle so aufzubauschen, wie es die freisinnige Presse thue, die immer Rücksicht auf das Zudentum und den Kapitalismus nehme.

Bei dem Zuschusse zu den Verwaltungskosten für das südwestafrikanische Schutzgebiet bezweifelt Abg. Bamberger die dortigen Rechte der Deutschen. Reichskanzler Fürst Bismarck: Bei den westafrikanischen Verhandlungen schädige uns namentlich die Haltung der heimischen Opposition erheblich. Die Kolonie verpöchte einen erfreulichen Aufschwung. Wenn jetzt die Engländer kommen und der Sandbüchse nach-

laufen, so muß diese doch mehr Wert haben, als hier behauptet wurde. Was habe das auswärtige Amt von der Kolonialpolitik? Doch nur mehr Arbeit. Wenn hier hervorragende Abgeordnete Verträge in Südwestafrika als zweifelhaft bezeichnen, dann dürften die Engländer, die diese Verträge bisher anerkannten, sich auf den Patrioten Bamberger berufen und sie ferner nicht mehr anerkennen.

Abg. Bamberger erwidert, er glaube dem Vaterlande mehr zu dienen, wenn er die Kolonialpolitik bekämpfe, anstatt verteidige.

Fürst Bismarck: Es müßte dem Abg. Bamberger doch klar sein, daß uns seine Ausführungen im gegenwärtigen Augenblicke der Verhandlungen schädlich seien. Oder solle er dem Botschafter in London telegraphieren: Stellen Sie die Verhandlungen ein, Herr Bamberger wünscht keine Kolonialpolitik.

Abg. v. Kardorff verweist darauf, daß die Opfer auf Samoa auch auf das Konto der Freisinnigen gehören.

Abg. Bamberger erwidert, daß damals die Mehrheit des Reichstags mit ihm gestimmt habe.

Abg. Richter: Die Sache in Südwestafrika liege unklar. Die Freisinnigen würden stets eine abenteuerliche Kolonialpolitik bekämpfen.

Fürst Bismarck teilt mit, daß über Samoa weitere Nachrichten noch nicht eingegangen seien. Sobald solche angekommen seien, würde die Regierung entsprechende Maßnahmen treffen. Fürst Bismarck polemisierte ferner scharf gegen Richter, der zwei Veden-schaften in sich vereinige: die Liebe zum Vaterlande und eine unüberwindliche Abneigung gegen den Reichskanzler.

Der ganze Etat des Auswärtigen wird schließlich angenommen. Donnerstag Fortsetzung der Staatsberatung.

Tageereignisse.

* Nichtenstein, 16. Januar. Die Karlsbader Damenkapelle (aus 7 Damen 3 Herren bestehend), welche sich gestern abend im Hofsaal hier zum ersten Male hören ließ, erfreute sich trotz der in letzter Zeit recht viel gebotenen musikalischen Genüsse dennoch einer sehr wohlwollenden Teilnahme. Diese Teilnahme mochte auch schon durch den Umstand geweckt sein, daß mit dieser Kapelle eine ganz eigenartige Gattung von Musikern sich vorstellte. Sie überraschten ebenso durch ihr schneidig-anmutiges Spiel wie durch den ungewohnten Reiz ihres Vortrages. Die Instrumente, deren sich die Damen bedienten, waren: Violinen, Fante, Trommel und Violoncello, die der Herren Flöte, Clarinette und Contra-Bass. Die erzeugte Musik war zwar keine rauschende, dafür aber um so anmutiger und lieblicher. Mit gleicher künstlerischer Fertigkeit gelangten Marsche, Tänze, Opern-Fragmente u. zum Vortrag und errangen überall besonders bei der letzten Nummer des Programms, einem Galopp von Willäder, „Kofakentritt“, wobei noch Schellengeläute und Peitschenknall recht effektiv angewandt wurden, einen wahrhaft stürmischen Applaus, so daß sich die Künstlerinnen noch zu einer Wiederholung des Stückes verstehen mußten.

* Bernsdorf, 16. Jan. Bei der in diesen Tagen stattgefundenen Geflügel-Ausstellung des Chemnitzer Geflügelzüchtervereins erlangte Herr Gottl. Dieckhoff hier den ersten und zweiten Preis auf Tauben.

Die herrliche Zeit der Karpsen-, Wild- und Bratwurstmäuse ist wieder da! Wer etwa seinen Appetit in Gansen, Gänse-, Reh-, Hirsch-, Schweine-, Kalbs-, Schöps-, Rinder- und anderen Braten stillen will, der hat hierzu Gelegenheit. Natürlich muß man aber auch den nötigen, möglichst großen Gelddbeutel mitbringen, denn an solchen Tagen werden nur die

den Leser nach
kleinen Artikeln
die fein ausgedr-
ten Weltteilen,
aber von neuem
sich macht, für
pro Zeit das

Schweizermühle
Hohndorf ein M.
anna Gaudistel
geb. — Dr.
erkunnersdorf,
in Freiberg.

est

lein,

Herrn Otto
Lufmiltzliebe
Wir machen
Geschäfte in

Uhr
ium.

Unentbehrliche
Lektüre!

Stimmen

tenstein.

im laufen-

von 1/29 bis

von 1/29

Donnerst-

Sonn-

Uhr.

wart.

an den be-

urhalle

llen

termstr.

Person

tung

mann.

schäft,

Gründl.

anche.

cher Teil-

s viel zu

Sohnes

richtigsten

Mutter

und Ver-

leidungs-

176.

Redakteur

geb. ert.

ur 30 Pf.

burg. =